PRESSE INFO

HDE Handelsverband Deutschland

4. November 2026

Aktuelle Studie macht deutlich:

Welpenschutz für multinationale Nahrungsmittelkonzerne hilft keinem Landwirt und erhöht Verbraucherpreise

Die Argumente aus der politischen Diskussion zur Novelle der UTP-Richtlinie für eine regulatorische Einschränkung der Vertragsverhandlungen zwischen Lebensmittelindustrie und Einzelhandel gehen von falschen Grundannahmen aus. Das zeigt eine aktuelle, im Auftrag des Handelsverbandes Deutschland (HDE) von der Düsseldorf Competition Economics GmbH (DCE) erstellte, Studie.

In der politischen Debatte wird von einzelnen Interessengruppen immer wieder behauptet, Verschärfungen der Richtlinie zu sogenannten unfair trading practices (UTP) könnten die Lage der Landwirte verbessern. Dabei sollen nach aktuellen Forderungen insbesondere der Markenartikelindustrie in Zukunft auch multinationale Industrieunternehmen unter den Schutzschirm der Richtlinie fallen, sodass die Vertragsverhandlungen des Handels mit Weltkonzernen wie Unilever, Nestle oder Coca Cola massiv zugunsten der Industrie beeinflusst wären. Dabei wird unterstellt, dass in Folge der Regulierung steigende Profite bei der Großindustrie von diesen Konzernen auch an die Landwirte weitergegeben würden. „In unserer Studie wird deutlich, dass ein solch allgemeiner, verlässlich zugunsten der Landwirtschaft wirkender Kaskadeneffekt nicht zu erwarten ist. Das ist ökonomisch nicht plausibel. Soll die wirtschaftliche Situation landwirtschaftlicher Erzeuger gezielt verbessert werden, sollten Maßnahmen möglichst unmittelbar und ausschließlich bei den landwirtschaftlichen Betrieben ansetzen“, so der renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Gründungsdirektor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie, Professor Dr. Justus Haucap.

Der HDE fordert deshalb, dass sich die Richtlinie entsprechend auf die direkten Lieferbeziehungen der Landwirte konzentrieren muss. Der Einzelhandel bezieht seine Waren nur in sehr wenigen Fällen direkt von den Landwirten, meist sind weiterverarbeitende Betriebe wie Molkereien oder verarbeitende Industrien dazwischengeschaltet. „Die Mär vom Kaskadeneffekt ist auserzählt. Kein Landwirt profitiert von einer Stärkung der Verhandlungsposition von Industrieunternehmen. Dies gilt erst recht, wenn nun auch noch die Großindustrie unter Welpenschutz gestellt wird. Auch die EU-Kommission sollte zur Kenntnis nehmen, dass das ein falscher Ansatz ist. Wer Landwirten helfen will, muss direkt dort ansetzen. Die Verhandlungen zwischen Handel und Industrie zulasten der Einzelhändler einzuschränken, bringt den Bauern gar nichts. Vielmehr zahlen die Zeche für die verfehlte Regulierung am Ende tendenziell die Verbraucherinnen und Verbraucher. Denn wenn der Handel in seinen Verhandlungen mit Herstellern mit neuer Regulierung eingeschränkt wird, kann die Industrie ihre Margen verbessern. Am Ende wird sich das auch in den Regalen bemerkbar machen“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Es müsse verhindert werden, dass die weltweit tätigen industriellen Großkonzerne sich die Taschen auf Kosten der Verbraucher vollmachen.

Die Studie finden Sie hier: www.einzelhandel.de/kaskade
Mehr zum Thema unter http://www.lebensmittellieferkette.de

Handelsverband Deutschland (HDE)
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Leiter Presse & Kommunikation:
Stefan Hertel
Telefon 030/72 62 50-65
Telefax 030/72 62 50-99
www.einzelhandel.de
presse@handelsverband.de

Facebook: handelsverband
X: @handelsverband